



Liebe Genossinnen und Genossen,

gut, dass die Diskussion zur sog. „Diätenerhöhung“ beendet ist: Noch besser, dass Artikel 13 „Änderung des Abgeordnetengesetzes“ aus dem nun am 29. Mai zur Abstimmung stehenden „Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen im Bund 2008/2009“ gestrichen ist. Die Politikverdrossenheit ist unzweifelhaft gestiegen. Die mediale Anheize ist wankelmütig: Im Vorfeld die vermeintlichen AbzockerInnen, nun die Angsthasen und PopulistInnen.

Dass der am 6.5. in die Fraktion eingebrachte und mit Mehrheit, bei vielen Gegenstimmen, beschlossene Gesetzentwurf auch die Aufwandsentschädigung von Abgeordneten enthält, war sehr vielen nicht bewusst. Mit diesem Gesetz erfolgt die Tarifierung für den öffentlichen Dienst auf die BeamtInnen und VersorgungsempfängerInnen des Bundes. Selbstverständlich begrüße ich die Übertragung des von ver.di- erkämpften Tarifabschlusses. Die Diäten der MdB´s orientieren sich gemäß §11 Abs. 1 Abgeordnetengesetz bekanntermaßen an den monatlichen Bezügen - jährliche Sonderzahlungen bleiben von vorneherein unberücksichtigt - einer BürgermeisterIn einer Stadt mit 50 bis 100 Tausend EinwohnerInnen bzw. an den Bezügen einfacher BundesrichterInnen. Die Diäten liegen derzeit darunter.

Dennoch habe ich bereits in der Fraktionssitzung aus politischen Gründen nicht zugestimmt und mich im Vorfeld der neuen Entscheidung der Koalitionsfraktionsspitzen schriftlich an den Fraktionsvorstand und die sozialdemokratischen Mitglieder des Innenausschusses gewandt (vgl. S. 6: Mein Schreiben an Fraktionsvorstand und Mitglieder des Innenausschusses). Ich habe nicht nur gefordert, dass Art. 13 aus dem Gesetzentwurf entnommen werden soll sondern auch gebeten, zu prüfen, dass alle MinisterInnen, StaatssekretärInnen auf eine Erhöhung ihrer Gehälter verzichten.

□□ Aufruf zur Beteiligung

Jetzt bewerben für ein Jahr in den USA

Ab sofort können sich bis Ende September wieder Jugendliche aus Tempelhof- Schöneberg für das Parlamentarische Patenschafts- Programm 2009/2010 bewerben. Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts- Programms werden vom Deutschen Bundestag bundesweit voraussichtlich 360 Stipendien für Schüler/innen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren bzw. junge Berufstätige im Alter zwischen 16 und 22 Jahren für ein Austauschjahr in den USA vergeben.

Die Schülerinnen und Schüler wohnen in den USA in Gastfamilien und besuchen die örtliche High School. Die jungen Berufstätigen besuchen ein College und absolvieren ein Praktikum in einem amerikanischen Betrieb. Ich freue mich, dass ich wieder für ein/e PPP- Stipendiatinnen und Stipendiaten die Patenschaft übernehmen kann.

Weitere Informationen sind meiner Website www.mechthild-rawert.de zu entnehmen, werden aber auch gerne in meinem Wahlkreisbüro (Friedrich- Wilhelm- Str. 86, 12099 Berlin, Tel.: 030. 720 13 884) erteilt. Die Bewerbungskarten für die SchülerInnen bzw. jungen Berufstätigen stellt der Bundestag im Internet zur Verfügung: http://www.bundestag.de/internat/internat_austausch/ppp/

□□ Informationen aus Tempelhof-Schöneberg

□ Kurzberichte von einigen Besuchen / Termine des letzten Monats

25.04.08: Informationsfahrt mit dem Bundespresseamt

Am 24.04. haben Genossinnen und Genossen aus Tempelhof-Schöneberg an meiner beliebten ganztägigen Informationsfahrt mit Besuchen in Ministerien, etc. teilgenommen. Allen hat es sehr viel Freude bereitet und ich danke für einen sehr schönen und austauschreichen Tag.

Am Freitag, 13.06.08, wird die nächste Fahrt stattfinden. Hierzu habe ich gezielt haupt- und ehrenamtliche Vertreter/innen aus im Feld der Integration tätigen Vereinen und Verbänden eingeladen.

29.04.08: Kindgerechte Führung durch den Deutschen Bundestag

An diesem Tag hat eine 7. Klasse der Theodor-Haubach-Oberschule (verbundene Haupt-Realschule) den Bundestag besucht. Das Interesse der Schüler/innen an meiner Arbeit und selbstverständlich der Geschichte des Deutschen Bundestages ist groß.

04.05.08: Tag der offenen Tür in der Gartenarbeitsschule

Wie in jedem Jahr hat auch dieses Mal der Tag der offenen Tür der Gartenarbeitsschule am ersten Sonntag im Mai stattgefunden. Ich nehme diesen immer gern zum Anlass, um mit dieser wichtigen pädagogischen Einrichtung in Kontakt zu bleiben.

Ich spende einen Walnussbaum. Die Walnuss ist "*Baum des Jahres 2008*" und verfügt nicht nur über edles Holz und wohlschmeckende Früchte, die verschiedenen Baumteile sind auch von beeindruckender medizinischer Wirkung. Die Inhaltsstoffe des Walnussbaums gelten beispielsweise als blutreinigend, nervenstärkend und konzentrationsfördernd.

07.05.08: Partner für einen Tag

Bei „Partner für einen Tag“ erhalten Schüler/innen die Möglichkeit, für einen Tag die Schulbank mit einem Arbeitsplatz zu tauschen. Zwei Schüler/innen aus unserem Kreis nutzten die Gelegenheit und haben u.a. auch an einer Ausschusssitzung teilgenommen.

08.05.08: Bundesgesundheitsministerium fördert Schöneberger Projekt

Mit dem Projekt „Wenn das Essen zum Problem wird...“ des Schöneberger Beratungszentrums bei Ess- Störungen Dick & Dünn e.V. (www.dick- und- duenn- berlin.de) fördert das Bundesgesundheitsministerium ein Modellvorhaben, das die Selbsthilfepotenziale von Menschen stärkt, die unter Essstörungen wie Magersucht, Bulimie sowie Fressattacken leiden.

Ich habe Dick & Dünn im vergangenen Jahr besucht und mich von der erfolgreichen Arbeit vor Ort überzeugt. Die Förderung durch das Bundesgesundheitsministerium kommt damit einem gut funktionierenden Angebot zugute, das Menschen mit Essproblemen professionell dabei hilft, wieder einen gesunden Zugang zum Essen und zum eigenen Körper zu finden. Dass bei Dick und Dünn auch die Angehörigen in die Arbeit miteinbezogen werden halte ich dabei für besonders wichtig.

06.05.08: EU- Projekttag: Besuch in der Fläming- Grundschule

Anlässlich des EU- Projekttages am 6. Mai besuchte ich die 5. und 6. Klassen der Fläming- Grundschule. Die Schüler/innen waren neugierig etwas über meinen beruflichen und politischen Werdegang und die Arbeit im Bundestag zu erfahren. Das Gespräch mit den Lehrkräften war ebenfalls sehr informativ.

Anregend wurde von ihren Erfahrungen mit dem Comenius- Projekt ihrer Schule berichtet. Viel Einsatz und Eifer haben sie in den fast zwei Jahren in das Projekt gesteckt, profitiert haben sie alle - darin sind sich Lehrerinnen und Schulleitung ebenso wie die Mädchen und Jungen einig. Besonders freut mich, dass das gemeinsame Lernen von behinderten und nicht- behinderten Kindern, wie es die Fläming Grundschule als älteste Integrationsschule im deutschsprachigen Raum seit mehr als 30 Jahren praktiziert, auch im Comenius- Projekt erfolgreich fortgeführt wurde. Jedes Kind in seinen/ihren Stärken stärken, ist ein erfolgreicher Ansatz. Die Ergebnisse in Form von Vorträgen, Filmen, Zeitungen etc. zeugen von einer sehr erfolgreichen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Lehrkräften und SchülerInnen.

Das Comenius- Programm der Europäischen Union zielt darauf ab, die Zusammenarbeit von Schulen aller Schulstufen und Schulformen innerhalb der Europäischen Union (EU) sowie die Mo-

bilität von Schülern und Lehrern zu fördern. Es ist Teil des Sokrates- Programms, das neben Schulpartnerschaften auch Schul- und Erwachsenenbildung fördert.

15.05.08: JobAct

JobAct ist ein Projekt für Jugendliche, die noch keinen Ausbildungsplatz haben. Bei diesem in Witten entwickelten Projekt arbeiten die Jugendlichen für fünf Monate intensiv an einem Theaterprojekt und erhalten parallel dazu ein Bewerbungstraining. Ein Praktikum in einem Betrieb für 5 Monate schließt sich an. Der erste Projektdurchlauf hatte am 15.5. Theaterpremiere. Gefördert wird JobAct durch eine Kooperation des Nachbarschaftsheims Schöneberg mit dem JobCenter Tempelhof-Schöneberg.

19.05.08: Gespräch mit dem Schöneberger Feministischem FrauenGesundheitsZentrum

Unabdingbar sind Verbesserungen in der gesundheitlichen Versorgung und Unterstützung von Frauen mit Endometriose auf. Es ist skandalös, dass es im Durchschnitt häufig bis zu sieben Jahren dauert, bis die richtige Diagnose dieser komplexen Erkrankung erfolgt. Folge sind häufig nicht nur sehr starke Menstruationsschmerzen sondern auch ungewollte Kinderlosigkeit. In Erarbeitung sind Forderungen nach einer gezielten Verbesserung der Diagnostik und Behandlung.

Die Impfungen gegen die Humanen Papilloma Viren (HPV) waren ein weiteres Gesprächsthema. Mädchen und junge Frauen haben einen Anspruch auf diese Impfung als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung. Jedoch muss darauf hingewiesen werden, dass sie die wichtigen und nachweislich wirksamen Vorsorgeuntersuchungen bei der Frauenärztin oder dem Frauenarzt auf keinen Fall vernachlässigen sollten. Denn die Impfung gegen HPV ist kein Ersatz gegen die regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen. Ich stehe dieser Anwendung sowieso nach wie vor noch kritisch gegenüber.

21.05.08: Juxirkus

Im Vorfeld des 20-jährigen Bestehens habe ich den Juxirkus besucht und in mehrfacher Hinsicht nicht nur meine finanzielle Unterstützung bei der Neuanschaffung eines LKWs zugesagt. Ich freue mich schon jetzt auf die Galaveranstaltung am 05.Juli.

Ich wünsche mir viele SponsorInnen, die einen „Baustein“ erwerben, damit der Juxirkus den für seine Arbeit unerlässlichen neuen LKW kaufen kann. Informationen hierzu im Wahlkreisbüro.

□ Kleine Termin- und Veranstaltungsauswahl der kommenden Wochen

- 30.05.08 *Besuch mit Franz Müntefering in der Kita Ina Kindergarten in der Neuen Steinmetzstraße. Anschließend werden wir gemeinsam die Jubiläumsfeier zum 25 jährigen Bestehen des Caritas Frauenhauses besuchen.*
- 06.06.08 *Referiere ich in der Abteilung Mariedorf zum Thema *Pflege**
- 09.-12.06.08 *Delegationsreise nach Kroatien und Bulgarien mit dem Ausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz*
- 18.06.08 *"Frauen sind anders. Arzneimittel auch?" - 2. Veranstaltung im Rahmen meiner Reihe „Treffpunkt Bundestag: Persönlich betroffen. Politisch verantwortlich“*
- In Planung: *Gemeinsame Fraktion vor Ort-Veranstaltungen aller Berliner Bundestagsabgeordneten zu 1. *PatientInnenverfügung* und 2. zum *Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung**

□□ Informationen aus dem Bundestag

□ Gesetzliche und andere Neuregelungen

Verabschiedet wurde am 8.5. ein erstes **Gesetz zur Änderung des Jugendschutzgesetzes**. Dabei geht es vor allem um den effektiven Schutz vor medialen Gewaltdarstellungen - auch und gerade bei Computerspielen. Durch das Gesetz werden folgende Maßnahmen ergriffen: Der Katalog der schwer jugendgefährdenden Trägermedien, wird im Hinblick auf Gewaltdarstellung erweitert; die Indizierungskriterien werden erweitert und präzisiert; gesetzlich festgeschrieben ist nun die

Mindestgröße und Sichtbarkeit der Alterskennzeichnung der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft u. der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle.

Die **Rentenanpassung zum 1. Juli 2008** ist, wie berichtet, beschlossen worden.

Der Antrag „**Zukunft der Bahn, Bahn der Zukunft – Die Bahnreform weiterentwickeln**“ ist wie im Koalitionsausschuss vereinbart in erster Lesung beraten worden. Der Antrag sieht vor, die Verkehrs- und Logistikaktivitäten in einer Gesellschaft zu bündeln. An dieser Gesellschaft sollen sich künftig Private mit bis zu 24,9 % beteiligen können. Das Netz und die weitere Infrastruktur verbleiben im Eigentum des Bundes, der Bund bleibt alleiniger Eigentümer der DB AG. In der neuen Verkehrs- und Logistikgesellschaft verbleiben 75,1 % beim Bund. Sichergestellt sein soll auch der konzerninterne Arbeitsmarkt. Aus Berliner Sicht ist das Ergebnis nach wie kritisch einzuschätzen.

Zustimmung erhielt nach zähem Ringen der **Antrag Sicheres Spielzeug für unsere Kinder**. Einen ausführlichen Bericht dazu erhaltet ihr hierzu in der nächsten Mitgliederzeitung.

□ **Berichte**

Am 9. Mai wurde der **Migrationsbericht 2006** sowie der Erfahrungsbericht der Bundesregierung zu Durchführung und Finanzierung der Integrationskurse nach § 43 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetz im Bundestag beraten.

Die Daten des Berichts 2006 stammen aus den Jahren 2005 u. 2006 und enthält allgemeine Wanderungsdaten, eine Darstellung der verschiedenen Migrationsarten und einen europäischen Vergleich zur Migration und zur Asylwanderung. Insgesamt wurden 662.000 Zuzüge nach und 639.000 Fortzüge aus Deutschland gezählt.

Gemäß den Evaluationsergebnissen der 2004 eingeführten Integrationskurse, sind diese ein Erfolg, wenn auch einige Nachbesserungen notwendig waren. Da die Auswertung bereits im Juni 2007 abgeschlossen war, erfasst der Bericht nicht mehr die aktuelle Situation. Viele Kritikpunkte, wie z.B. fehlende Verpflichtung von Einstufungs- bzw. Abschlusstests (heute besteht Pflicht), zu große Teilnehmer/innenanzahl in einem Kurs (jetzt auf 20 TN begrenzt), Entlohnung der Lehrkräfte (entsprechend angepasst worden) sind bereits aufgegriffen und ausgeräumt worden. Hoher Verbesserungsbedarf besteht in der Erhöhung der Akzeptanz der Kurse.

Bundessozialminister Olaf Scholz (SPD) hat am 19. Mai den **Arbeitsentwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung** vorgestellt. Der Bericht wird gegenwärtig zwischen den Ministerien abgestimmt. Die Verabschiedung im Kabinett ist für den 25. Juni geplant.

Dem Bericht nach gelten insgesamt 13 Prozent der Bundesbürger/innen als arm. Nach der Definition innerhalb der Europäischen Union ist arm, wer als Alleinlebender weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verdient, also 781 Euro netto. Als reich gilt, wer mindestens 200 Prozent des mittleren Einkommens hat. Bei einem Alleinstehenden wären das 3.418 Euro, bei einer Familie mit zwei Kindern 7.178 Euro. Von 2004 auf 2005 ist die Armutsrisikoquote in Deutschland nach den EU- Daten von 12 auf 13 Prozent gestiegen.

Besorgniserregend ist, dass laut Bericht der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich von 2002 auf 2005 um 0,9 Prozentpunkte von 35,5 auf 36,4 Prozent zugenommen hat. Und die Zahl der Menschen, die zusätzlich zu ihrem Lohn Arbeitslosengeld II beziehen, steigt auch weiterhin. Im Oktober 2007 waren das rund 1,3 Millionen Menschen. Wir brauchen deshalb dringend Mindestlöhne. Lohndrückerei zum Beispiel durch eine massive Ausweitung der innerbetrieblichen Lohnkonkurrenz durch Zeitarbeit muss gestoppt werden.

Die Bruttolöhne und -gehälter gingen in den Jahren zwischen 2002 und 2005 real von durchschnittlich 24.873 Euro auf 23.684 Euro und damit um 4,7 Prozent zurück. Dies ist auch ein Resultat betrieblicher/tariflicher Vereinbarungen sowie der stark sinkenden Tarifbindung in Deutschland. Der Bericht macht sehr deutlich, dass die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Die Lohnentwicklung geht auseinander.

Das Risiko der Einkommensarmut hat sich durch die Sozialtransfers von 26 Prozent auf 13 Prozent halbiert. Bei Kindern sogar von 34 auf 12 Prozent. Das Armutsrisiko für Kinder liegt unter dem der Gesamtbevölkerung und unter dem europäischen Durchschnitt (19 Prozent). Alleinerziehende haben aber nach wie vor ein deutlich überdurchschnittliches Armutsrisiko (24 Prozent), während Familien mit Kindern ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko aufweisen (9 Prozent). Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und gering Qualifizierte sind am stärksten von Armut bedroht.

Ein Schlüssel zur Armutsvermeidung sind Investitionen in Bildung und die Unterstützung von Eltern und ihren Kindern. Gute Bildung geht auch einher mit einem bewussten Gesundheitsverhalten sowie verantwortlicher Haushaltsführung und erfolgreicher Alltagsbewältigung in der Familie. Das Armutsrisiko Älterer hat trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht zugenommen. Ende 2006 bezogen nur 2,6 Prozent der Frauen und 1,8 Prozent der Männer und damit insgesamt 2,3 Prozent der Menschen im Alter ab 65 Jahren Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

▣▣ Aus dem Ausschuss für Gesundheit

Im Ausschuss für Gesundheit wurde und wird die Diskussion zum **Gesundheitsfonds** weiter fortgeführt. Er soll durch einen besseren Risikostrukturausgleich zu einer gerechteren Finanzverteilung bei den gesetzlichen Krankenkassen führen.

Mit dem neuen Morbi-RSA (Erkrankungen mit Risikostrukturausgleich) bekommen die Krankenkassen künftig Beträge, die sich zielgenauer am Gesundheitszustand, am Geschlecht sowie am Alter der versicherten Personen orientiert als heute. Damit werden die Kassen, die bisher eher sozial Benachteiligte sowie ältere Menschen versicherten und die aufgrund ihrer Versichertenstruktur bisher immer höhere Beiträge erheben mussten, einen Ausgleich erhalten. Künftig zahlt jede und jeder gesetzlich Versicherte den prozentual gleichen Beitragssatz von seinem Einkommen in den Fonds. Damit entfällt auch für die Arbeitgeber der Anreiz, ihre Beschäftigten auf günstigere Kassen zu verweisen, und besser Verdienende müssen sich nicht laufend nach der Krankenkasse mit den geringsten Beitragssätzen umsehen.

Wir wollen dadurch unsere SPD-Forderung nach mehr Gerechtigkeit für die Bürgerinnen und Bürger bei der Finanzierung des medizinisch Notwendigen umsetzen, indem wir sie zu gleichen Bedingungen beteiligen und alle Kassen an einem fairen Ausgleich der Risiken teilnehmen. Gerne hätten wir auch die private Krankenversicherung zu den gleichen Bedingungen einbezogen, was wir jedoch unter den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen nicht forcieren konnten.

Von sehr hohem Medieninteresse begleitet sind die von mir als Berichterstatterin verantworteten Themenstellungen **Schönheitsoperationen und die „assistierten Reproduktionstechniken“** (Künstliche Befruchtung) - vgl. z.B. den aktuellen Spiegel. Beide Themen sind sehr komplex und berühren vielfältige ethische, gesundheits- aber auch verbraucherpolitische Fragestellungen.

▣▣ Aus dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Die Ergebnisse der Verbraucherumfrage des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Nährwertkennzeichnung bestärkt unsere SPD-Forderung nach der Einführung einer verpflichtenden modifizierten Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln. Auch die Verbraucher/innen in Deutschland wünschen Nährwertangaben auf der Vorderseite der Lebensmittelverpackungen. Die Unterlegung der Angaben mit Ampelfarben wird von über 80% der Befragten als informativ, verständlich und übersichtlich empfunden und würde bei der Mehrheit das Einkaufsverhalten beeinflussen. Eine solche Kennzeichnung unterstützt die Konsumenten bei einer ausgewogenen Ernährung. Wir kämpfen weiter darum.

Am 1.Mai ist das Verbraucherinformationsgesetz in Kraft getreten. Künftig können Bürger/innen, unabhängig von ihrem Wohnsitz und einer besonderen Begründung, von den Behörden Informationen einholen über alle Erzeugnisse im Sinne des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches, also Lebensmittel, Futtermittel, Kosmetika und Bedarfsgegenstände wie Spielzeug, Kleidung, Reinigungsmittel und Wein. Anlaufstellen sind hierfür vorrangig die zuständigen Lebensmittel- und Futtermittelüberwachungsbehörden der Länder. Auf Bundesebene sind es vor allem das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und das Bundesinstitut für Risikobewertung.

Die Behörden sind verpflichtet, den Bürger/innen Auskunft oder Akteneinsicht zu erteilen – und zwar innerhalb von vier Wochen. Für die Erteilung von Auskünften können die Behörden, je nach Arbeitsaufwand, Gebühren berechnen.

Die SPD hat durchgesetzt, dass wir mit einem Änderungsantrag zum Gesetz die Bearbeitungsfristen für Informationsanliegen von acht Wochen auf vier Wochen verkürzen. Außerdem wird klarge-

stellt, dass bei Rechtsverstößen Informationen nicht unter Berufung auf den Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen verweigert werden dürfen.

In der Debatte zum Gesetzentwurf habe ich deutlich gemacht, dass sich für die SPD-Bundestagsfraktion der Verbraucherschutz dauerhaft nicht nur auf die Bereiche Lebensmittel- und Futtermittel beziehen, sondern muss auch langfristig für alle Produkte und Dienstleistungen gelten. Zurzeit ist diese Ergänzung jedoch nicht mit der Union möglich.

Walfang Island: Am 20. Mai hat die Isländische Regierung 45 Zwergwale für die kommerzielle Jagd freigegeben. Ich bedauere diese Entscheidung. Sie widerspricht dem Willen der meisten Staaten, Wale zu schützen. Das Jagen und Töten von Walen verstößt gegen das internationale Walfangmoratorium und ist außerdem ein fatales Signal an Nationen wie Japan und Norwegen, die internationale Schutzabkommen offen missachten oder unter dem Deckmantel der Wissenschaft unterlaufen. Die Entscheidung der isländischen Regierung ist für mich nicht nachvollziehbar, zumal sie für das Land selbst einen herben Imageverlust und damit einen massiven Einbruch der Tourismusströme, auch deutscher, zur Folge haben kann. Dies habe ich auch in einem Schreiben an den Isländischen Botschafter, Herrn Ólafur Davidsson, deutlich gemacht.

▣ Anlage (Anmerkungen vgl. S. 1)

An die Mitglieder des Fraktionsvorstandes,
An die Mitglieder des Innenausschusses

Parlamentarische Beratung zum Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen im Bund 2008/2009

Lieber Peter Struck, lieber Thomas Oppermann,
lieber Dieter Wiefelspütz, lieber Sebastian Edathy,
wir alle werden seit der Einbringung des obigen Gesetzentwurfes bestürmt. Ich habe mich jedes Mal öffentlich zurückgehalten und betont, dass die mit der parlamentarischen Arbeit verbundenen Entscheidungen für die meisten Fraktionsmitglieder nun erst beginnen und um Respekt vor unseren Beratungsprozessen gebeten.

Ich bitte euch um:

1. Den Artikel 13 „Änderung des Abgeordnetengesetzes“ aus dem obigen Gesetzentwurf zu entfernen.
2. Den Artikel 13 entweder zurückzuziehen - was meine politische Option wäre - oder ihn zumindest gesondert abstimmen zu lassen.

Desweiteren bitte ich euch zu prüfen, inwieweit es möglich ist anzuregen, dass sich auch unsere Regierungsmitglieder zu einer Nullrunde bekennen.

Als Gewerkschafterin und Sozialdemokratin möchte ich selbstverständlich dazu beitragen, dass Tarifverhandlungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einem erfolgreichen Ende kommen. Dieses wäre auf diese Weise gewährleistet.

Ich habe mich beim letzten Beschluss enthalten. Gut fand ich, dass es eine Festsetzung des Maßstabes gegeben hat, unzureichend fand ich unsere Versorgungsbezüge geregelt. Allerdings wollte ich nicht mit der Opposition stimmen.

Angesichts des Armuts- und Reichtumsbericht haben gerade wir sozialdemokratischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Verpflichtung, ein Zeichen der Solidarität zu demonstrieren. Ich bin mir bewusst, dass das von mir gewünschte Aussetzen der Diätenerhöhung die Diskrepanz zu unserem Besoldungsmaßstab vergrößert. Aber das Thema Aufwandsentschädigungen für Parlamentarierinnen ist ohne eine Regelung unserer Versorgungsbezüge sowieso nicht abgeschlossen.

Ich habe meine Entscheidung heute auch meiner Berliner Landesgruppe mitgeteilt.

▣▣ Kontakt und Impressum

Wahlkreisbüro Mechthild Rawert, MdB, Friedrich-Wilhelm-Straße 86, 12099 Berlin
Tel: 030/720 13 884, Fax: 030/720 13 994, eMail: mechthild.rawert@wk.bundestag.de
WEBSITE: www.mechthild-rawert.de